



Jan Hosan für www.wir-hier.de

„Ziele waren nicht realisierbar“

Minister Volker Wissing verteidigt Abbruch der Jamaika-Sondierungen durch die FDP

Innerhalb der FDP, aber auch auf dem Berliner Parkett gilt Volker Wissing als ausgewiesener Finanz- und Wirtschaftsexperte.

Der studierte Jurist ist seit dem 18. Mai 2016 rheinland-pfälzischer Minister für Wirtschaft, Verkehr, Landwirtschaft und Weinbau und zugleich stellvertretender Ministerpräsident.

Zuvor war er von Januar 2004 bis zur Bundestagswahl im Jahr 2013 Mitglied des Deutschen Bundestages. Hier war er bis 2009 Obmann der FDP im Finanzausschuss und danach (ab 12. November 2009) Vorsitzender des Finanzausschusses des Deutschen Bundestages. Ab März 2010 bekleidete er auch das Amt des finanzpolitischen Sprechers der FDP-Bundestagsfraktion.

Nach dem Scheitern der FDP an der Fünf-Prozent-Hürde bei der Bundestagswahl 2013 konzentrierte sich Wissing auf die Arbeit in seinem Bundesland Rheinland-Pfalz. Bei der Landtagswahl 2016 trat Volker Wissing als Spitzenkandidat der FDP an und führte die Partei zurück in die parlamentarische Verantwortung. Da Rheinland-Pfalz durch eine sogenannte Ampelkoalition regiert wird und Wissing sich bei den Koalitionsverhandlungen den Ruf als verlässlicher und sachorientierter Verhandlungsführer erworben hatte, war es nahezu dem Gesetz der Logik folgend, dass der FDP-Spitzenpolitiker auch in

die Verhandlungskommission seiner Partei für die sogenannten Jamaika-Sondierungsgespräche berufen wurde.

Nach dem Scheitern der Sondierungsgespräche von CDU/CSU, Bündnisgrünen und FDP verteidigte Wissing den Abbruch der Gespräche durch die FDP als das „einzig Richtige“.

In einem Interview mit der FAZ beklagte der FDP-Wirtschaftsexperte die fehlende Diskursfähigkeit bei CDU/CSU und in besonderem Maße bei den Bündnisgrünen. Wissing wörtlich: „Jamaika wäre eine Chaos-Regierung geworden.“ Alle großen Problembereiche seien ungeklärt geblieben: Soli, Klima, Verkehr und Migration. Ein für die FDP zentrales Projekt, die Abschaffung des Soli in der jetzigen Legislaturperiode, sei nie ernsthaft von den anderen Gesprächspartnern erwogen worden. So sei für die FDP-Verhandlungsführer deutlich geworden: Jamaika bedeute die Fortsetzung von Schwarz/Rot – ergänzt um eine Wunschliste der Grünen.

So überrascht es nicht, dass der Koalitionsvertrag von CDU/CSU und SPD auf knallharte Kritik von Volker Wissing trifft. Welche Koalitionsvereinbarungen besonders den Widerspruch des rheinland-pfälzischen Wirtschaftsministers hervorrufen, erläuterte Volker Wissing in einem Gespräch mit Joachim Schäfer.

? Zu den wichtigsten Punkten des Koalitionsvertrages von CDU/CSU und SPD. Wie bewerten Sie die sachgrundlose Befristung, also Arbeitsverträge ohne triftigen Grund zu befristen?

Volker Wissing: Befristete Arbeitsverträge dienen oftmals auch als Sprungbrett in ein unbefristetes Arbeitsverhältnis. Zahlen des IAB-Betriebspanels zeigen, dass rund 41 Prozent der Beschäftigten nach Ablauf der Befristung übernommen werden. Andererseits spiegeln befristete Verträge vielfach die aktuelle Arbeitswelt wieder. Gerade an staatlichen Hochschulen sind befristete Arbeitsverhältnisse sehr verbreitet, da sie an bestimmte Projekte geknüpft sind. Das projektbezogene Arbeiten nimmt auch bedingt durch die Digitalisierung zu. Der Versuch, befristete Arbeitsverhältnisse unter gezielter Verkennung der ökonomisch-gesellschaftlichen Realitäten per Gesetz einzuschrän-

ken, ist bestenfalls ein Ausdruck politischer Hilflosigkeit im Hinblick auf die Herausforderungen unserer Zeit.

? Das Rückkehrrecht von Teilzeit auf Vollzeit?

Volker Wissing: Dass dieser Wunsch von vielen Beschäftigten geteilt werden dürfte, steht außer Frage. Und weil dies der Fall ist, gehört eine solche Forderung auch nicht in Koalitions-, sondern in Tarifverhandlungen. Es ist eine bedenkliche Tendenz, dass die Große Koalition zunehmend über gesetzgeberische Vorgaben in Themenbereiche hineinregiert, die klassischer Weise von den Tarifparteien verhandelt werden sollten. Auf diese Weise wird die in einer sozialen Marktwirtschaft äußert sinnvolle Abwägung zwischen dem, was gesellschaftspolitisch wünschenswert und dem, was wirtschaftlich möglich ist, per Gesetz außer Kraft gesetzt.

? Die paritätische Finanzierung der Krankenkassenbeiträge?

Volker Wissing: Die Entscheidung, die paritätische Finanzierung aufzugeben, war auch dem geschuldet, dass die kontinuierlich steigenden Sozialbeiträge zunehmend die Wirkung einer Strafsteuer auf Beschäftigungsverhältnisse entfaltet haben. Die Große Koalition unternimmt z.B. erst gar nicht den Versuch, die Kosten im Gesundheitswesen so zu reduzieren, dass Zusatzbeiträge künftig überflüssig werden können, statt dessen setzt sie auf eine weitere Verteuerung der Arbeit in Deutschland.

? Die Obergrenze bei den Zuwanderungszahlen und der Familiennachzug für subsidiär Schutzberechtigte?

Volker Wissing: Wir dürfen die Integrationsfähigkeit unserer Gesellschaft und die Arbeitsfähigkeit unserer Institutionen nicht

überfordern. Auch wenn es eine schwere Entscheidung ist – ich halte sie deshalb für richtig.

? Die Einführung des Bau-kindergeldes?

Volker Wissing: Die Große Koalition verteilt hier großzügig Steuergeld, dessen Wirkung verpuffen wird. Das größte Problem von jungen Familien beim Eigentumserwerb sind nicht die monatlichen Raten, sondern es sind die hohen Nebenkosten. Hier müsste die Politik ansetzen, um Eigentum erschwinglicher zu machen, etwa durch Freibeträge bei der Grunderwerbssteuer.



? Die teilweise Aufhebung des Kooperationsverbots?

Volker Wissing: Das finde ich richtig. Ich habe mich selbst dafür stark gemacht. Wir dürfen in einer so elementar wichtigen Zukunftsfrage wie der Bildung nicht im föderalen Klein-Klein versinken.

? Der nur teilweise Abbau des Solidaritätsbeitrages?

Volker Wissing: Hier wurde eine Chance vertan. Der Solidaritätszuschlag wurde als eine zeitlich begrenzte Steuer eingeführt – und wird zur Dauereinrichtung. Außerdem wäre ein vollständiger Abbau gerade in Zeiten der Rekordsteuereinnahmen und Haushaltsüberschüsse ein wichtiges Signal, dass der Staat die Belastungen der Bürgerinnen und Bürger nicht nur kontinuierlich erhöht, sondern auch bereit ist, etwas zurückzugeben. Bei CDU/CSU und SPD ist die Bereitschaft dazu nicht vorhanden, was ein deutlicher Beleg dafür ist, wie groß mittlerweile die Distanz beider Parteien zu den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern im Land geworden ist.

? Wie das Nachrichtenmagazin *Focus* berichtet, bietet Christian Lindner der Union an, im Falle eines Scheiterns der Großen Koalition eine Minderheitsregierung zu unterstützen. In welchen Bereichen können Sie sich denn die Unterstützung einer CDU/CSU-Minderheitsregierung vorstellen?

Volker Wissing: Wir würden eine Minderheitsregierung überall dort unterstützen, wo es darum geht, wichtige Weichen für die Zukunftsfähigkeit unseres Landes zu stellen, zum Beispiel bei der Unterstützung der Digitalisierung, dem Ausbau der Breitbandversorgung. Natürlich unterstützen wir auch eine Steuerreform und alles, was unsere Bildungsangebote – von der Kita bis zur Hochschule – verbessert.

? Gegenüber der Zeitschrift *Wirtschaftswoche* haben Sie erklärt, dass zu einem echten Kassensturz gehöre, die Notwendigkeit der beschlossenen Gesetze zu überprüfen. Wäre es in diesem Zusammenhang nicht sinnvoll, künftige Gesetze nur noch auf Zeit zu beschließen, beziehungsweise mit einem Verfallsdatum zu versehen und sie nur dann zu bestätigen, wenn es hierfür die entsprechenden Notwendigkeiten gibt?

Volker Wissing: Die Idee ist sicher verlockend, aber mit der gesetzgeberischen Realität leider nur schwer vereinbar. Der Bundestag müsste dann nicht nur die aktuelle Gesetzgebung beschließen, sondern auch zur Erneuerung anstehende Gesetze. Der Bundestag wäre bald nur noch damit beschäftigt, bereits existierende Gesetze vor dem Auslaufen zu bewahren und könnte sich kaum mehr zukunftsgerichteten Fragestellungen widmen.

? Sie plädieren für eine Senkung der öffentlichen Ausgaben auf 40 Prozent des Bruttoinlandsproduktes und wollen die

Steuerquote, also die Steuerbelastung im Verhältnis zur Wirtschaftsleistung, auf 20 Prozent senken. Und wodurch wollen Sie in der Opposition dieses hehre Ziel erreichen?

Volker Wissing: Weil dies eines der Ziele war, die erkennbar in einer Koalition mit CDU/CSU und Grünen nicht realisierbar gewesen wäre, haben wir die Jamaika-Sondierungen beendet. In der Opposition werden wir nun die CDU/CSU sowie die SPD mit diesem Thema konfrontieren und es immer wieder thematisieren. Dabei sind wir glaubwürdiger, als wenn wir in einer Jamaika-Koalition eingetreten wären und das Ziel einfach aufgegeben hätten.

Wer heute das 1,6fache des Durchschnitts verdient, muss bereits den Spitzensteuersatz zahlen. 1960 war es das 18fache.

? Wer heute das 1,6fache des Durchschnitts verdient, muss bereits den Spitzensteuersatz zahlen. 1960 war es das 18fache.

Volker Wissing: 1958 wurde der Spitzensteuersatz ab einem Einkommen in Höhe von 110.000 DM erhoben, das entspricht einem Betrag von etwa 56.000 Euro. Heute wird er bereits ab einem Einkommen in Höhe von rd. 55.000 Euro fällig. Die Einkommensgrenzen haben sich damit kaum geändert, was sich aber sehr stark geändert hat, sind die Kaufkraft und die Einkommensverhältnisse. 1960 bezahlten Spitzenverdiener, wie Bankdirektoren oder Manager, den Spitzensteuersatz, heute sind bereits gut verdienende Facharbeiter davon betroffen. Ein gerechtes Steuersystem sollte eigentlich die unterschiedliche Leistungsfähigkeit innerhalb einer Gesellschaft berücksichtigen. Das deutsche Steuersystem kennt nur noch Geringverdiener, die von der Steuer befreit sind, während die gesellschaftliche Mitte wie Spitzenverdiener besteuert wird. Das deutsche Steuersystem müsste dringend an die gesellschaftlichen Realitäten angepasst werden, leider sind dazu weder CDU/CSU noch die SPD wirklich bereit.

? Der jüngste Herbststurm sorgte für Chaos auf dem deutschen Energiemarkt, weil während des starken Windes so viel

Energie erzeugt wurde, dass der Strompreis kollabierte – also ins Negative fiel. Soll heißen: Wer an der Energiebörse seinen Strom verkaufte, musste seinen Abnehmern dafür Geld bezahlen. In der Spitze 83,06 Euro pro Megawattstunde. Für den Verbraucher heißt das: Wenn die Preise an den Strombörsen negativ sind, erhöht sich die Differenz zwischen garantiertem Vergütungssatz und dem Marktpreis und damit der entsprechende Subventionsbetrag. Dies führt wiederum zur steigenden EEG-Umlage. Was gedenkt die FDP zu tun, um derart absurde Entwicklungen zu beenden?



Volker Wissing: Das Erneuerbare Energien Gesetz (EEG) hat die Marktwirtschaft aus dem Energiemarkt verbannt. Die Dauersubventionierung der erneuerbaren Energien ist nicht zukunftsfähig und verhindert nachhaltige Geschäftsmodelle und einen technologieneutralen Wettbewerb. Erneuerbare Energien haben bereits einen Anteil von rund 30 Prozent am Strommarkt. Damit ist das Ziel des EEG, die Markteinführung erneuerbarer Energien zu erreichen, längst umgesetzt. In dem Maße, in dem die erneuerbaren Energien einen immer größeren Anteil an der Energieversorgung übernehmen, müssen wir dazu übergehen, deren Dauersubventionierung zu beenden und sie anderen Energieträgern gleichzustellen.

? Die FDP will die EU so reformiert wissen, dass die EU-Kommission sich nur noch um Dinge kümmert, die international besser geregelt werden können als national. Was soll nach Ihrer Ansicht wieder von der EU-Ebene auf die nationale Ebene zurückgeführt werden?

Volker Wissing: Grundsätzlich sollten wir das Subsidiaritätsprinzip stärker achten. Was auf der unteren politischen Ebene geregelt werden kann, sollte auch dort geregelt werden. Da gibt es viele Einzelfragen, auch zum Beispiel in der Agrarpolitik, bei denen ich keine Notwendigkeit sehe, dass diese in Brüssel entschieden werden. Des Weiteren lehne ich einen Ausbau der Sozialstaatspolitik in Europa ab. Jeder Mitgliedsstaat muss nach wie vor für seine eigene Arbeitsmarktpolitik, sein soziales Sicherungssystem und seine finanzielle Unterstützung sozial Schwacher selbst verantwortlich bleiben. Auch eine Vergemeinschaftung von Staatsschulden darf es nicht geben.

? Zitat Christian Lindner: „Mit der Politik von Herrn Draghi, einer Politik des niedrigen Zinses, haben wir mehr Schulden und weniger Reform als vorher. Deshalb muss diese Politik beendet werden. Wir wollen das Vertrauen in den Rechtsstaat und die Währungsunion wieder herstellen. Und deshalb wird eine FDP im

Deutschen Bundestag keiner weiteren Verletzung europäischer Verträge zustimmen.“ Ist diese Aussage in Stein gemeißelt?

Volker Wissing: Die FDP will den Euro und deshalb drängen wir auch auf eine Einhaltung des Stabilitäts- und Wachstumspaktes. Ein stabiler Euro ist Voraussetzung für Wachstum und Wohlstand in Europa. Stabilität gründet auf soliden Haushalten, wettbewerbsfähigen Volkswirtschaften und krisenfesten Finanzsektoren. Eine widerrechtliche Nutzung des Europäischen Stabilitätsmechanismus (ESM)

sowie eine dauerhafte Transferunion zu Lasten der europäischen Steuerzahler lehnen wir ab.

? Ihre Partei sieht den Ausschluss Russlands aus der G8 sehr kritisch. Welche Möglichkeiten sehen Sie, dass die FDP als Oppositionspartei über die Bundesregierung Einfluss auf die übrigen G8-Mitglieder nehmen kann?

Volker Wissing: Es hat gute Tradition in Deutschland, dass die staatstragenden Parteien in außenpolitischen Fragen eng beieinander stehen und sich eng abstimmen. Die Abgeordneten der FDP sind in den entsprechenden Ausschüssen des Bundestags vertreten und ihre Stimme wird dort gehört. Zugleich sind Vertreter der FDP in transnationalen Gesellschaften aktiv und werden auch dort gehört. Andererseits ist es auch an Russland zu zeigen, dass das Land gewillt ist, der mit der Aufnahme in diesen Kreis verbundenen besonderen Verantwortung für Frieden und Freiheit in der Welt gerecht zu werden. ■

IMPRESSUM

Der Selbständige

ISSN 0946-3224
Offizielles Organ des Bundesverbandes der Selbständigen/Deutscher Gewerbeverband
Hrsgs: Bundesverband der Selbständigen – Reinhardtstrasse 35, 10117 Berlin
Telefon (030) 280491-0/Fax -11
Redaktion: Joachim Schäfer (verantwortlich), Thomas Brüggemann, Anita Schäfer
Layout & © Titel: Joachim Schäfer

Fotos: J. Schäfer, Rita Seiler, Dennis Read
Erscheinungsweise: 10 x jährlich
Gerichtsstand und Erfüllungsort: Berlin

Bezugsbedingungen:
Die Zustellung des E-Papers ist durch den Mitgliedsbeitrag zum BDS abgegolten. Bei Nichterscheinen des E-Papers infolge höherer Gewalt bestehen keine Ersatzansprüche.
© by: Bundesverband der Selbständigen

Für unaufgefordert eingesandte Manuskripte, Vorlagen und Zeichnungen übernehmen wir keine Gewähr.

Die Urheberrechte an Annoncen (bei eigener Gestaltung), Entwürfen, Fotos und Vorlagen sowie der gesamten grafischen Gestaltung bleiben Bundesverband der Selbständigen und dürfen nur mit ausdrücklicher, schriftlicher Genehmigung weiterverwendet werden.

Briefe und Manuskripte an:
Bundesverband der Selbständigen – Reinhardtstrasse 35, 10117 Berlin
Telefon (030) 280491-0/Fax -11
Internet: www.bds-dgv.de
E-Mail: info@bds-nrw.de
Hinweis: In allen Fällen, in denen die neue Rechtschreibung mehrere Schreibweisen zulässt, wird die von der Dudenredaktion empfohlene Schreibung angewandt.